



## Bitte nicht volltanken!

... und die Fahndung mit der Wanderdüne



Bei klirrender Kälte haben die Angehörigen der Zentralen Bußgeldstelle gemeinsam mit dem geschäftsführenden Landesvorstand vor ihrer Dienststelle gestanden und die Tarifforderungen ihrer Gewerkschaft unterstützt. Ihnen gilt mein Dank genauso wie all den Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Kundgebung in Magdeburg Zeit genommen haben oder an anderen Veranstaltungsorten zugegen waren. Mindestens ihnen war klar: Wenn keiner was macht, dann macht ja keiner was! Vor der Bußgeldstelle hätte sich Finanzminister Wolfgang Voß einiges anhören können, so er dagewesen wäre.

Neben einer Menge Probleme aus der Landespolizei wurden auch die der ZBS diskutiert. Dazu gehört, dass man vor Ort endlich die seit Jahren geschobene Entscheidung über die Leitung des Hauses braucht. In der LPD möge man akzeptieren, dass die Kolleginnen und Kollegen der ZBS die Abteilung 4 der LPD sind und zur Thüringer Polizei dazugehören. Deshalb gehört es sich auch, einen Vertreter der Bußgeldstelle zu Beratungen einzuladen

und diesem nicht von vornherein die Fahrt nach Erfurt zu ersparen, weil die Probleme der ZBS zu speziell seien, um sie in so einer LPD-Beratung lösen zu können.

Einige Kolleginnen und Kollegen hatten mithilfe der GdP Höhergruppierungserfolge auf dem von uns betreuten Klageweg. Wir konnten aber dennoch die im Bußgeldstellengeschäft in besonderer Weise vorhandene Ungleichbehandlung bei der Leistungsbewertung zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten bisher nicht lösen.

Die Schaffung neuer Dienstposten ohne Tätigkeitsbeschreibungen und das un begründete Sitzen auf völlig anderen Arbeitsplätzen anstelle der zugewiesenen Dienstposten, verbunden mit mangelhaften Fortbildungsmöglichkeiten und gänzlich fehlenden Verwaltungslerngängen zur Qualifizierung, scheint doch eher zu den dort umliegenden maroden Gemäuern in Artern zu passen. In so ein modernes Verwaltungsgebäude gehören diese Probleme genauso wenig wie die Beschäftigung von Angehörigen einer Leiharbeitsfirma in einen öffentlichen Dienst! Wenn wir diese Menschen nicht bräuchten, dann wären sie auch nicht da und deshalb gab es die klare GdP-Ansage, stellt diese Mitarbeiter endlich ein!

Die Überschrift „Bitte nicht volltanken!“ ist aber der Lösungsansatz für ein ganz anderes Problem in einer anderen Behörde. Wenn eine neu beschaffte Kleinbusflotte für die Polizeimannschaften, die den Güterverkehr kontrollieren sollen, bereits ohne seine Insassen nur mit der erforderlichen Ausrüstung überladen ist, dann hat der Hersteller dieser Fahrzeuge irgendetwas verkehrt gemacht oder aber aufgrund der zumeist fehlenden Einbeziehung der Praktiker etwas Wesentliches nicht beachtet. Auch wir haben uns zwischenzeitlich mit der Angelegenheit beschäftigt. Entgegen einiger Fingerzeige war es aber auch diesmal nicht die GdP, die den Medien von diesem Fauxpas berichtete. Es waren vermutlich die in der Praxis davon Betroffenen oder deren Leiter. Das Zeigen mit nackigen Fingern auf andere soll lediglich von der Urheberchaft ablenken. Anders als gewohnt, hat die GdP aber hier nicht gleich eine Lösung auf Ta-

sche, wie man diese Fahrzeuge nutzen, ablasten oder durch nicht Volltanken dennoch gebrauchen könnte. Überladen bleibt überladen und da helfen uns auch keine Sonder- und Wegerechte! Es gibt aber zum Glück die Autobahnpolizeiinspektion. Vielleicht weiß man ja dort schon, was zu tun ist? – Natürlich wie immer, ohne dass es Geld kostet.

Die nachfolgenden Zeilen richten sich ausdrücklich nicht gegen die Beschäftigten der API, die mit großem Engagement ihrer neuen Dienststelle Leben einhauchen und einen guten Dienst verrichten. Nach wie vor warten wir aber gespannt auf die vielen Vorteile, die unsere API angekündigterweise mitschbringen wird, denn die Haltung der GdP hat sich bis heute nicht geändert. Wir wollten diese API nie und sehen auch fortgesetzt in ihr wenig Sinn für die Betreuung der Bundesautobahnabschnitte vor Ort. Anderen Ortes hat man solche Dienststellengebilde wegen fehlender Effizienz längst wieder abgeschafft und uns will man hier beweisen, wie die Erfolge jetzt zum Beispiel bei der Fahndung brummen. So gibt es immerhin schon mal einen Verantwortlichen für die Fahndungseinheit, der sich jetzt erst mal à la „Cobra 11“ anschaut, wie denn vor Ort so gefahndet wird. Eine Antwort der befragten Mitarbeiter lautete: „Wir machen am Morgen den Computer an, bearbeiten Sachverhalte und gehen am Nachmittag wieder nach Hause.“ Neue Frage: „Womit fährt ihr denn Eure Streife?“ Antwort: „Na, mit der Wanderdüne“, wie man den VW-Bus wegen seines Tempovermögens liebevoll nennt. Als Zivilfahrzeug steht ein Ford s-max 160 zur Verfügung. Damit sollen nun die uns vorgegaukelten Erfolge dieser Verkehrspolizeistruktur eingefahren werden? Na dann aber los!

Der Zeitung konnten wir entnehmen, dass es laut Präsident des TLKA keiner externen Ermächtigung für die Kameraüberwachung des Klopapiers bedurfte und das man selbstverständlich wieder so handeln würde. Rätselhaft bleibt jedoch, warum es

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

## Besuch im Mittelbau Dora

für die Kameraüberwachung keiner Abstimmung bedurfte, die Verwendung von Sicherheitsetiketten und einer getarnten Schleuse jedoch mit der Staatsanwaltschaft abgestimmt wurde. Der ganze Sachverhalt stinkt mehr, als das, was man üblicherweise mit Klopapier beseitigt. Den alten Wein der internen Ermittlungen gibt es ja zwischenzeitlich in neuen Schläuchen, doch die Reben scheinen für die hiesige Hanglage aus unserer Sicht nicht geeignet. Ein neues Etikett allein schafft keine zufriedeneren Kunden!

An anderer Stelle hörte ich von dem unbedeutenden (?!) Problem, dass unsere Fahrzeuge regelmäßig den technischen Überprüfungen nicht standhalten, nur weil die Verbandskästen ein Verfallsdatum aufzeigen, dass in der Vergangenheit liegt und an verantwortlicher Stelle für die Beschaffung von Neuen kein Geld eingeplant wurde. Dazu gibt es aber von der GdP einen Lösungsvorschlag. Dort, wo derweil 48 000 Euro zur Sanierung der Toiletten für ein Polizeigebäude bereitstehen, was demnächst abgerissen werden soll, könnte man vielleicht auf eine Kloschüssel verzichten und dafür ein paar Verbandskästen kaufen!

**Euer Landesvorsitzender**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Thüringen**

**Geschäftsstelle:**  
Juri-Gagarin-Ring 153  
99084 Erfurt  
Telefon: (03 61) 59 89 50  
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

**Redaktion:**  
Edgar Große (Vi.S.d.P.)  
PD Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828

**Die Landesfrauengruppe der GdP LB Thüringen organisierte für den 30. November 2012 im Rahmen der Aus- und Fortbildung eine politische Bildungsveranstaltung mit Führung durch das ehemalige Konzentrationslager Mittelbau-Dora.**

Fast 68 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora unternahmen neun Gewerkschaftsfrauen eine Tagesexkursion in das Lager in der Nähe von Nordhausen. Leider war es eine Veranstaltung mit nur kleinem Teilnehmerkreis. Geschuldet den Umständen, dass es einige Ausfälle durch Krankheit gab, aber vor allem aufgrund der dienstlichen Situation in der Thüringer Polizei. Es fehlt die Unterstützung der Interessierten an dieser Veranstaltung der GdP durch die Gewährung von Sonderurlaub durch den Dienstvorgesetzten.

Ein Mitarbeiter der Gedenkstätte führte uns in die Geschichte des Lagers ein und wir bekamen eine Menge Informationen zu den Hintergründen und zum Stand der aktuellen Ausstellung. Besichtigung einzelner Ausstellungsobjekte, Gesprächsrunden und eine Filmvorführung wechselten sich ab und gestalteten den Tag sehr interessant und aufschlussreich.

Das Konzentrationslager Mittelbau-Dora wurde während des Zweiten Weltkrieges am 28. 8. 1943 als Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald mit der Tarnbezeichnung „Arbeitslager Dora“ am Südhang des Kohnstein nördlich von Nordhausen errichtet. Die dort untergebrachten Häftlinge wurden von der

SS hauptsächlich im Stollenvortrieb und den untertage gelegenen Werksanlagen eingesetzt, wo vor allem die Vergeltungswaffe 2 (V2) sowie die Flugbombe Vergeltungswaffe 1 (V1) produziert wurden. Ab 1944 gehörten zum Konzentrationslager Mittelbau-Dora fast 40 Nebenlager.

Während der 18 Monate, die das Lager existierte, durchliefen etwa 60 000 Häftlinge aus 21 Nationen den Komplex des Konzentrationslagers, von denen 20 000 aufgrund der mörderischen Arbeitsumstände, durch Strafkolonien und im Verlaufe der Evakuierung ums Leben kamen.

Am 11. 4. 1945 wurde das Lager durch die US-Armee befreit.

Heute befindet sich auf dem ehemaligen Lagergelände die Konzentrationslager-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, welche die erhaltenen Außenanlagen pflegt, über das Geschehene informiert und auch einen begehbaren Teil der unterirdischen Anlagen betretet.

Auch 68 Jahre nach der Befreiung ist das Konzentrationslager ein europäischer Gedächtnisort. Seiner historischen Bedeutung entsprechend wurde das Konzentrationslager Mittelbau-Dora grundlegend umgestaltet. Kern der Neukonzeption war der Neubau des Museums Mittelbau-Dora, das 2005 zum 60. Jahrestag der Lagerbefreiung eingeweiht wurde und in dem seit September 2006 eine Dauerausstellung zur Lagergeschichte gezeigt wird, die Mittelbau-Dora als Modellfall der KZ-Zwangsarbeit präsentiert.

Alle Teilnehmerinnen zeigten sich sehr beeindruckt und waren sich einig, dass es auch heute aktueller denn je sein muss, dem Vergessen aktiv entgegenzuwirken.

**Edith Kirchof**



Vor dem Modell des Lagers

Foto: Schwarze



FORUM

Zum Thema „Neues“ Dienstmodell schreibt uns ein Leser aus Altenburg:

Seit dem 1. 1. 2013 wird in der Polizeiinspektion Altenburger Land ein neues Schichtsystem im „Pool“, also im Streifen- und Einzeldienst ausprobiert. Der Leiter der PI Altenburger Land, gab Anfang November 2012 eine Umstellung des Schichtsystems von den gewohnten zwölf auf Acht- bzw. Neun-Stunden-Schichten bekannt. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch noch längst nicht klar, dass dies auch wirklich durchgesetzt werden sollte, zumal es bereits im Vorfeld heftige Kritik unter den Mitarbeitern gab.

Anfang Dezember 2012 verdichtete sich dann das Vorhaben und es war plötzlich soweit. Der Planer ließ allen Mitarbeitern eine Mail zukommen, dass ab dem 1. 1. 2013 das neue Schichtsystem geplant wird, leider auch ohne Rücksicht auf Verluste. Das „neue“ Modell sieht wie folgt aus:

- 1. Schicht (Frühschicht) von 6.00 Uhr bis 15.00 Uhr (mit einer Stunde Übergang zur Mittelschicht, um angefallene Sachverhalte abzuarbeiten)
- 2. Schicht (Mittelschicht) von 14.00 Uhr bis 23.00 Uhr (mit einer Stunde Übergang zur Nachtschicht, um angefallene Sachverhalte abzuarbeiten)
- 3. Schicht (Nachtschicht) von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr (ohne [!] Überlappung).

Ältere Kollegen berichten mir, dass es dieses Modell in Thüringen schon mal nahezu flächendeckend gab und sich in den 90er-Jahren das bayerische Doppelschlagmodell nannte. Einige Dienststellen hatten sich diesem Modell, welches der heutige Abteilungsleiter Polizei im Innenministerium aus Nürnberg mitgebracht haben soll, schon damals erfolgreich verweigert. Vor mehr als zehn Jahren ist das Modell dann wohl in ganz Thüringen abgeschafft worden, weil es die große Mehrheit der Schichtbeamten nicht mehr haben wollte. Das war unserem Chef aber wohl nicht bekannt und so verkauft er uns eigentlich einen alten Hut, den er wohl auf dem Müllhaufen der Polizei gefunden hat.

Neben den drei Schichten gibt es verschiedene Sonderdienste, u. a. Früh, Spät und Nacht, bei denen aber jeweils eine halbe Stunde Pause abgezogen werden muss, also zum Beispiel Sonderdienst Nacht von 21.30 Uhr bis 6.00 Uhr, es werden jedoch nur acht Stunden Dienst berechnet. Das dieser Sonderdienst aufgrund der Pause nicht auf Gegenliebe stößt, wird jeder Schichtbeamte wohl verstehen. Die Sonderdienste sollen neben der möglichen Abdeckung und Unterstützung der Grundversorgung nun die Haftbefehle

realisieren und vor allem Geschwindigkeitskontrollen durchführen.

Am Wochenende also, gemeint ist Samstag und Sonntag, wird unverständlicherweise dann doch wieder nach wie vor im Zwölf-Stunden-Schichtsystem gearbeitet. Aber auch an diesen Tagen gibt es in der Nachtschicht vom Sonntag zum Montag keine Übergangsstreife mehr.

Es kommen einige Kuriositäten hinzu, welche das Beamtenleben in der Planung erschweren. So legt der Leiter an Feiertagen plötzlich und in einer gewissen Willkürlichkeit fest, ob nun acht oder zwölf Stunden gearbeitet wird. Es kam leider nicht nur einmal vor, dass diese Vorgabe täglich verändert wurde. Erst hieß es, dass am Karfreitag das Acht-Stunden-System gilt, dann war es plötzlich auf dem Plan doch wieder das Zwölf-Stunden-System. Das dieser ungewisse Zustand weitergeht, zeigt die Planung des 1. 5. Im Moment sind Acht-Stunden-Schichten vorgesehen, aber wer weiß, wie dann wirklich Dienst verrichtet wird.

In der weiteren Planung befinden sich auch Himmelfahrt am 9. 5. und der Pfingstmontag, welche bisher mit Zwölf-Stunden-Schichten vorgesehen sind. Wie der Leser unschwer bemerkt, ist eine „klare“ Führungsphilosophie erkennbar. Mit dem neuen Schichtsystem hat sich auch die Arbeitszeit des Ermittlungsdienstes verändert. Jeweils ein Team aus zwei Ermittlungsbeamten muss nun von Montag bis Freitag bis 22.00 Uhr (vorher bis maximal 18.00 Uhr) Dienst verrichten.

Das neue Schichtsystem wurde mit verschiedenen Begründungen immer wieder positiv dargestellt. Zum einen seien Zwölf-Stunden-Schichten gesundheitsschädigend. Das ist aber offensichtlich nur im Altenburger Land so. Zweiter Grund: Es gäbe mehrere Mitarbeiter, wohl auch in der PI Gera, die an die Dienststellenleitung herangetragen hätten, dass sie Zwölf Stunden gesundheitlich nicht mehr bewältigen können. Zum Dritten wurde vom Leiter ebenfalls angeführt, dass es aufgrund so vieler neuer Mitarbeiter in der PI Altenburger Land seit Oktober 2012 ausreichend ist, wenn jeder Streifenpolizist nur noch acht Stunden auf Arbeit kommt. Na ja, in Zeiten knapper Personalstärken schon ein gewisser Luxus den sich Altenburg nun leisten kann.

Die große Frage, die sich stellt, wäre, warum befragt man nicht die Betroffenen, was Sie wünschen? Warum gibt es keine Papierdokumente zum neuen System? Wo liegen die genauen Ziele der Führung?

Dass das neue Schichtsystem auch die Medien interessierte, zeigte sich im MDR

Ende Januar 2013. Das Fernsehen war zu Gast in der Polizeiinspektion Altenburger Land. Dass der Leiter demonstrativ und völlig überzeugt vor der Kamera sein eigenes Dienstmodell darlegt, das wird ja verstanden. Jedoch ist nur äußerst wenigen in Altenburg verständlich, weshalb das Leben einer Polizeibeamtin als beispielgebend in der Polizeiinspektion Altenburger Land dargestellt wird. Was keiner im MDR nannte, war, dass die Frau zwei Kinder hat, deswegen eine 30-Stunden-Woche leistet und ihr dadurch natürlich das neue Schichtsystem entgegenkommt. Wohnt man sehr nahe am Dienstort, kann man kurze Schichten und häufigen Wechsel besser verkraften. In 2 ½ Minuten kann man dem unkundigen Bürger fast alles verkaufen. Ich möchte aber hier wirklich ernsthaft fragen, ob eine verkürzte Dienstzeit und eine Beamtin mit zwei kleinen Kindern wirklich den überwiegenden Teil der Bediensteten im Altenburger Land widerspiegelt

Leider wird zudem in den Medien ein völlig anderes Bild des Schichtsystems dargestellt, als das von den Mitarbeitern wahrgenommen wird. Daher bitte ich die GdP und die überörtlichen Personalräte hier tätig zu werden und zu veranlassen, dass z. B. eine Umfrage unter den Mitarbeitern erfolgt, bzw. diese nach Ihren Vorstellungen befragt werden. Es würde zumindest viele das Ergebnis interessieren.

Die Bediensteten haben noch andere Fragen. Weshalb wird nur in der PI Altenburger Land ein neues Schichtsystem eingeführt, während in den anderen Dienststellen in der Landespolizeiinspektion Gera, also Polizeiinspektionen Gera und Greiz, weiterhin das Zwölf-Stunden-Schichtsystem gefahren wird? Weshalb werden den Mitarbeitern die Fragen nicht beantwortet, die zu Schulungstagen gestellt werden? So geschehen am Schulungstag Anfang Januar 2013, wo die Frage gestellt wurde, was die Mitarbeiter vom neuen Schichtsystem halten. Tausende Fragen blieben offen und die Kritik des neuen Systems war so heftig, dass man sich die Ohren zuhalten musste.

Wie kann es sein, dass Mitarbeiter nicht mehr auf ihre Sollstunden im Monat kommen? Bereits im Januar mussten fast alle Mitarbeiter einen zweistelligen Stundenabbau in Kauf nehmen, obwohl diese öfters auf Arbeit waren als sonst. Dies ist demotivierend und es bleibt die Frage nach der Umsetzung der Thüringer Arbeitszeitverordnung.

Fortsetzung auf Seite 6



# 2011 waren wir maßvoll – heute ist das Maß voll!

Rede von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen, zur Demo in Magdeburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Abstand des öffentlichen Dienstes zur privaten Wirtschaft ist noch einmal größer geworden und Finanzminister Jens Bullerjahn formuliert: „Die Forderungen überfordern uns!“ und dass der Schuldenabbau oberste höchste Priorität habe!“ – Wir müssen also Schulden abbauen?



Sie als deutscher Tourist müssen in einem griechischen Hotel 100 Euro Pfand hinterlegen, um sich dort mal ein Zimmer ansehen zu dürfen und mit den 100 Euro geht der Hotelier dann gleich zum Bäcker, um seine Schulden zu bezahlen. Dann rennt der Bäcker zum Metzger und zahlt mit dem Geld seine Rechnung. Der Metzger läuft anschließend zur Prostituierten und bezahlt dort seine Dienstleistung und die Prostituierte kommt mit dem Geld wieder ins Hotel, um hier ihre offenen Beträge auszugleichen. – Wenn sie das Zimmer dann angesehen haben, ist ihr Geld schon wieder zurück. Sie haben Ihre 100 Euro wieder und alle Griechen hatten einmal Geld!

Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, funktioniert in Deutschland aber nicht. Hier bleibt von 100 Euro immer weniger übrig, aber die Bundespoliti-



ker geben Milliarden dafür aus, dass die griechische Wirtschaft – griechische Wirtschaft bleiben darf und unterstützen mit deutschem Geld, dass griechische Beamte ihren Beamtenstatus in die nächste Generation vererben dürfen und dass sie über zehn Jahre früher als wir in Deutschland in den Ruhestand eintreten.

... und uns erzählt man, dass wegen der Schuldenbremse im eigenen Land für eine Tarifanpassung kein Geld da sei! Das ist eine Unverschämtheit. Herr Bullerjahn und die anderen Politiker sollten sich dafür gleich mitschämen, die auch nichts für ihren öffentlichen Dienst übrig haben!

Mit dem Euro ist es wie beim Sex. Am Anfang gibt es Probleme mit der Einführung und später mit der Stabilität. Keiner weiß, wie lange es den Euro überhaupt noch gibt oder für wen. Die meisten glauben längst daran, dass der Euro baden geht und dann war vor allem der dumm, der seine Rücklagen gehortet hat oder ein prall gefülltes Sparbuch sein Eigen nennt! Dazu gehört mit den zurückliegenden Mehreinnahmen auch der Staat.

Gewinnen wird dabei wieder nur, wer Schulden gemacht hat, also wieder die Griechen! Kredite wären nach einem Finanzzusammenbruch schlimmstenfalls mitsamt der Bank weg und die Deutschen hätten dann ihr verborgenes Geld verloren, was sie zuvor ihren eigenen Staatsbediensteten nicht gegönnt haben!

Auch wenn es den Euro vielleicht bald nicht mehr gibt, wird es eines aber noch geben! Das ist ihr öffentlicher Dienst, meine Damen und Herren Politiker, und wir wünschen ihnen deshalb schon heute, liebe Bundes- und Landesverantwortliche, viel Freude in der künftigen Zusammenarbeit – mit ihrem öffentlichen Dienst, für den sie jetzt nichts übrig haben wollen!

Die Wirtschaft boomt – und wir haben immer weniger in der Tasche! Es ist deshalb eine Frechheit, von überzogenen Forderungen zu sprechen, wenn wir gerade einmal das einfordern, was uns in den letzten Jahren weggenommen wurde! Dazu streichen Sie den öffentlichen Dienst immer weiter zusammen und aus den wenigen vor Ort verbliebenen Mitarbeitern pressen sie das Letzte heraus, wie Saft aus einer bereits getrockneten Zitrone!

2011 waren wir mit unseren Tarifforderungen maßvoll. 2013 ist aber das Maß voll! Wenn wir uns in der Nähe von Castortransporten bestrahlen, bespucken und mit Schottersteinen bewerfen lassen und andere Gewaltzunahmen hinnehmen müssen, weil wir in den letzten Jahren trotz immer weniger Personal eine Mehrerhöhung um einige hundert Einsätze, zur Absicherung von Groß- und Sportveranstaltungen erfahren haben, dann muss man in aller Deutlichkeit sagen, dass es eigentlich Ihre Steine sind, die man wegen des Versagens in der Politik stellvertretend für Sie auf uns wirft, meine lieben Politiker! Wenn Sie uns keinen Inflationsausgleich gönnen, dann stellen Sie sich bitte künftig auch selbst dorthin und lassen Sie nicht länger uns Ihre Prügel einstecken!



Anstelle den nur noch verbliebenen Polizeivollzugsbeamten, die ihre Haut zu Markte tragen, einmal erkennbar zu danken, drehen Sie weiter an den Einstellungszahlen und nehmen unseren Kolleginnen und Kollegen vor Ort damit die letzte Hoffnung, in absehbarer Zeit mal wieder mit Verstärkung rechnen zu können.

Wenn Ihr öffentlicher Dienst in diesen winterlichen Zeiten Kleidung benötigt, dann können Sie ihm kein Feigenblatt zuwerfen. – Das bekommt Ihrem öffentlichen Dienst nicht und am Ende wird es auch Ihnen nicht bekommen, meine Damen und Herren Politiker!

Die Gewerkschaft der Polizei ist die größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in Deutschland und Europa. Sie engagiert sich bundesweit nicht nur für rund 175 000 Mitglieder, sondern für die Zukunftsfähigkeit der Polizei und auf nahezu allen Gebieten der Sicherheitspolitik in unserer Gesellschaft. Nur wenn wir die Wahr-



TARIFRUNDE 2013

heit aufzeigen, können die Politiker erfahren, was wir heute schon nicht mehr leisten können! – In der Landesregierung haben wir leider nur Einzelkämpfer für die innere Sicherheit und die anderen predigen, dass sie uns den Rücken freihalten und tun dies, indem sie nicht hinter uns stehen!

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist jenseits von Gut und Böse! Wir – als Polizei – genießen immer noch das höchste Ansehen und Vertrauen. Auch wenn Sie sich immer noch sicher sind, dass wegen Kürzungen im öffentlichen Dienst noch keine Wahl verloren ging, rechnen Sie nicht mit der Dummheit ihrer Wähler! Kein Deutscher will Abstriche an der inneren Sicherheit hinnehmen und dafür ist die Gewerkschaft der Polizei letztlich auch Gewerkschaft für unsere Bürgerinnen und Bürger!



Niemand darf mit der inneren Sicherheit in unserem Land leichtfertig umgehen! Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir bitten Sie, helfen Sie uns, mit Ihren Beiträgen in den Medien und Ihrem Appell an die Politik, dass die Polizei bei all den Sparmaßnahmen nicht unter die Räder kommt! Helfen Sie uns, damit wir Ihnen – auch zukünftig – noch helfen können!

Den über viele Jahre und Jahrzehnte erkämpften Urlaub zu kürzen, das ist eine Operation am offenen Herzen und bedeutet die Zerschlagung des hohen Gutes der Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Es geht eben nicht darum, mehrmals im Jahr auf Mallorca oder auf Winterski unterwegs zu sein, – es geht vor allem darum, die Zunahme an Aufgaben für im-



mer weniger Kolleginnen und Kollegen auszugleichen und den überdimensioniert krankheitsbedingten Ausfallzeiten und psychischen Erkrankungen durch die nicht abreißende Dauerbelastung entgegenzuwirken!

Es geht auch darum, dass man sich nicht nur im Osten damit schwertut, seine pflegebedürftigen Eltern in ein Pflegeheim nach Tschechien, Bulgarien oder gar nach Thailand abzuschieben, weil man sich eine Pflege in Deutschland als Normalsterblicher schon heute nicht mehr leisten kann, per Gesetz aber vom Staat als Kind eines pflegebedürftigen Menschen ausgenommen wird wie eine Weihnachtsgans!

Nicht nur Ihre Staatsdiener werden immer älter, sondern auch in unseren Familien werden die Menschen älter und die meisten brauchen den Urlaub, um das, was man sich in Deutschland eben nicht mehr leisten kann, selbst zu tun und dazu gehört sich zu kümmern und zwar nicht nur um ein würdiges Sterben, sondern für ein würdiges Leben nach vierzig und mehr Arbeitsjahren in der Bundesrepublik Deutschland!

Es geht auch darum, dass Familie ohne staatliche Hilfe funktioniert und dass die Frauen überhaupt arbeiten können, damit sie eben nicht wieder zu Sklaven ihres Haushaltes und der Familienlogistik werden. In der DDR hatte man den Frauen deshalb jeden Monat einen Haushaltstag zugebilligt und den kompensieren die Familienmütter und -väter heute eben auch mit Urlaub, und diesen Urlaub wollen Sie uns streichen? – Wohin soll das führen, meine Damen und Herren Finanzverantwortliche dieses Landes?!

Wir können Ihnen daher auch keinen Kompromiss zu unseren Forderungen anbieten! 6,5 Prozent mehr an Einkommen unserer und Ihrer Kolleginnen und Kollegen sind gerechtfertigt und auch 30 Tage Urlaub für alle!

Wir nehmen die Vergrößerung der Unterschiede in den Einkommen zwischen Bund und Ländern nicht mehr länger hin! Wir wollen gleiche Bezahlung gleicher Arbeit auf Bundes- und Länderebene und eben nicht wieder zurück in eine prozentuale Bezahlung des öffentlichen Dienstes der neuen Bundesländer – und es ist Ihr Job, meine Damen und Herren Politiker, dafür auch Sorge zu tragen!



Wir bieten Ihnen nur an, all jene von der Übernahme der Tarifergebnisse abzukoppeln, die sich gegen die Arbeit der Gewerkschaften stellen und den engagierten Mitgliedern bei unserer Zielerreichung gar auch noch Steine in den Weg werfen. Bei solchen Vorgesetzten können Sie die Tarifanpassung einsparen! Für solche Schmarotzer hat auch die Gewerkschaft der Polizei gar nichts übrig!

Als nunmehr schon dienstältester Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Mitteldeutschlands danke ich meinem Amtsbruder und seinem Landesbezirk sowie den verbrüdernten Gewerkschaften für diese Aktion hier in Magdeburg. Hier können wir zeigen, dass wir stark sind und dass wir nicht mehr nur im Osten in besonderer Weise zusammengehören. – Thüringen sagt Danke dafür, dass wir da dabei sein dürfen!



Fotos: Groß



Fortsetzung von Seite 3

Dann wird hier häufig die Frage gestellt, wieso zwölf Stunden von Montag bis Freitag gesundheitsschädigend sind, am Wochenende jedoch nicht und wieso die Zwölf-Stunden-Schichten nur in Altenburg, jedoch nicht in Gera und Greiz gesundheitsschädigend sind?

Alle diese Fragen bleiben offen, auch wenn noch nicht mal berücksichtigt wurde, dass einige Mitarbeiter, die aus Sachsen (Leipzig, Markkleeberg, Mittweida, Crimmitschau ...) kommen, mit dem neuen Schichtsystem eine erhebliche Mehrbelastung in Form von erhöhtem Fahrtaufwand auf sich nehmen.

Dazu gibt es Verstöße gegen die Arbeitszeitenverordnung der Thüringer Polizei. Aufgrund des neuen Schichtsystems wird viel häufiger gegen die Ruhezeiten zwischen den Schichten verstoßen. So wird zum Beispiel regelmäßig genehmigt, dass Mitarbeiter von einer Mittelschicht (14.00 bis 23.00 Uhr) in eine Frühschicht (6.00 bis 15.00 Uhr) gehen, wodurch die elf Stunden Pause zwischen den Schichten nicht eingehalten werden. Viele benötigen die kurzen Wechsel aber, um halbwegs auf die benötigten Stunden im Monat zu kommen. Für den Körper sind diese kurzen Wechsel und die häufigen Dienste wohl auch alles andere als gesundheitsfördernd.

Es gibt noch viele weitere Probleme, die mit dem neuen Schichtsystem einher-

gehen, aber jetzt an dieser Stelle den Rahmen aber sprengen würden. Die letzte Frage die zu stellen wäre, wie lange soll dieses „Pilotprojekt“ über den Juli 2013 hinausgehen?

Viele Kollegen, die mit dem neuen Schichtsystem ein Problem haben, werden nun nicht gleich in Greiz Dienst versehen wollen, deshalb kann ich nur bitten, dass die Betroffenen auch mal befragt werden. Leider blieb der Ruf an den Personalrat und seinen Vorsitzenden ungehört, da dieser andere Meinungen als die der Dienststellenleitung nicht wahrhaben möchte. Vielleicht kann uns ja die GdP helfen.

*(Name und Anschrift der Red. bekannt)*

## BEAMTENPOLITIK

# Nach Beförderungschancen gefragt

**Der CDU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Fiedler hatte die Landesregierung im November 2012 nach den Beförderungschancen gefragt. Ausgangspunkt seiner Frage waren die guten Ergebnisse der Polizei bei der Aufklärung von Straftaten. Diese gute Arbeit solle sich auch in den Aufstiegschancen widerspiegeln. Dazu hatte die Landesregierung 2012 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten bereitgestellt.**

Der Abgeordnete wollte nun wissen, wie viele Beamte des Polizeivollzugsdienstes getrennt nach Laufbahngruppen in den letzten 10, 15 bzw. 20 Jahren nicht befördert wurden. Das Gleiche wollte er für die Beamten des Innen-, des Finanz- und des Justizministeriums wissen.

Laut Antwort der Landesregierung wurden zehn Beamte des mittleren Dienstes in den letzten 20 Jahren nie befördert. Dazu kommen 388 Beamte, die in den letzten 15 Jahren und 384 Beamte, die in den letzten zehn Jahren nicht befördert wurden. Mithin wurden 792 Polizeibeamte des mittleren Dienstes seit zehn und mehr Jahren von jeder beruflichen Entwicklung ausgeschlossen, das heißt rund 20% des mittleren Dienstes.

Im gehobenen Polizeivollzugsdienst fallen die Zahlen geringer aus, da dieser nur etwa 30% des Personalkörpers ausmacht. 3, 76 und 175 Beamte wurden seit 20, 15, bzw. zehn Jahren nicht mehr befördert, das heißt rund 15%. Im höheren Dienst wurden sieben Beamten in den letzten zehn Jahren nicht mehr befördert und damit knapp 10% der Beamten.

Im Innen-, Finanz- und Justizministerium einschließlich der nachgeordneten Be-

reiche wurden im gleichen Zeitraum 810 Beamte des mittleren Dienstes, 280 Beamte des gehobenen Dienstes und 96 Beamte des höheren Dienstes nicht mehr befördert. In der Antwort der Landesregierung fehlt leider der Hinweis, dass es sich bei den allermeisten Beamten, die zehn und mehr Jahre nicht befördert wurden, um Beschäftigte handelt, die ihre Aufgaben so erledigen, wie man das üblicherweise von einem Beamten erwarten kann. In diesen Fällen findet eine berufliche Entwicklung dann nicht mehr statt. Mit Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes und der Entwicklung der wichtigsten Ressource der öffentlichen Verwaltung, der Mitarbeiter, hat das nichts zu tun. Die GdP empfiehlt dem Abgeordneten Fiedler, diese Frage mal nach den Perspektiven für die Tarifbeschäftigten der Thüringer Polizei zu stellen, das Ergebnis wird noch viel verheerender.

## SENIORENJOURNAL

# Besuch in der Maxhütte

**Am 19. 2. 2013 trafen sich die Seniorinnen und Senioren mit ihren Partnern zum ersten Stammtisch dieses Jahres. Thema waren „Wirtschaftliche Schwerpunkte der Region“.**

Dazu wurde eine Betriebsbesichtigung in der Maxhütte Unterwellenborn geplant. Treffpunkt war der Eingang Stahlwerk. Hier wurden wir mit Schutzhelm, Kittel, Schutzbrille und Gehörschutz aus-

gestattet und in drei Gruppen aufgeteilt. Unter der Leitung der Kollegen Winter, Jacob und Tüntzer begann der Rundgang bzw. die Führung durch die Schmelzhalle und die Formstahlstraße.

Wir erfuhren einiges über die Geschichte des Stahlwerkes, die im Jahr 1872 (achtzehnhundertzweiundsiebzig) begann. 1878 produzierten bereits zwei Hochöfen und ein Bessenerstahlwerk. Es folgte ein Thomasstahlwerk zur besseren

Ausbeutung der lokalen Erzvorkommen unweit von Unterwellenborn und ein Walzwerk.

1985 ging dann die damals europaweit modernste kombinierte Formstahlstraße in Betrieb. Mit einigen technischen Veränderungen und computermäßiger Ausstattung ist sie heute noch die modernste Anlage Europas.

Nach der Wende blieb sie als einzige Anlage von der ursprünglichen Maxhütte



SENIORENJOURNAL

erhalten. Alles andere, wie Hochöfen, Blasstahlwerk und Blockstraße, wurden Opfer der Abrissbirne. Dafür ging 1995 ein neues Elektrostahlwerk mit Stranggießanlage in Betrieb. Seit 2012 gehört die Maxhütte zum brasilianischen Stahlkonzern CSN. Es war ein beeindruckendes Erlebnis, die ganze Anlage vom Befüllen der Schrottkörbe über das Arbeiten des Gleichstrom-Lichtbogen-Prinzips bis zur Walzstraße zu erleben. So werden immerhin stündlich 120 Tonnen Rohstahl abschließend aus Schrott erzeugt. Den erlebnisreichen und informativen Nachmittag ließen wir mit einem gemütlichen Kaffeetrinken in der Gaststätte „Treffpunkt“ in Kamsdorf ausklingen.

Wir bedanken uns bei den drei kompetenten Kollegen der Maxhütte und vor allem bei unserer Ursula Bork und Peter Leichauer, die den gesamten Nachmittag organisierten und bei dem Gaststättenteam für die nette Bewirtung.



Besichtigung im Stahlwerk Thüringen, Unterwellenborn am 20.02.2013



Foto: Bhanft

## Am Stammtisch belauscht: Demenz

Willi: Grüß dich Klaus, wie geht es Dir?  
 Klaus: Na ja, mir geht's nicht schlecht, aber unserem Freund Volkmarr geht es gar nicht gut.  
 W: Sprich, was hat er so schlimmes?  
 K: Na, Dir ist doch bekannt, dass er seit geraumer Zeit in einer psychiatrischen Einrichtung ist, weil er gegenüber einem Bekannten aggressiv geworden ist.  
 W: Ja, das ist mir bekannt, es wird schon einen Grund für sein Ausrasten gegeben haben.  
 K: Hat es eben nicht. Und stell Dir vor, sie haben bei ihm Demenz in hohem Grad festgestellt.  
 W: Das ist ja schlimm. Vor allem, da seine Verwandten sich von ihm abgewendet haben und er völlig allein da steht.  
 K: Was die Brüder und Schwestern angeht habe ich sowieso kein Verständnis, aber das ist eine andere Sache und da hänge ich mich nicht rein.  
 W: Du hast Recht, ich habe es einmal versucht und war erfolglos.  
 K: Was den Volkmarr angeht, da sind die Kenntnisse und Fähigkeiten der Spezialisten und Ärzte gefragt, denn die Krankheit kann noch nicht geheilt werden. Im günstigsten Fall kann das weitere Fortschreiten lediglich verlangsamt werden.  
 W: Kann man denn da gar nichts machen? Dann bleibt uns doch nur die

Alternative zu warten, bis es uns auch erwischt.  
 K: Ganz so ist es nicht. Auch wenn die bekannten Statistiken und Prognosen beängstigend sind. Es gibt Erkenntnisse, die diesen Prozess bei Feststellung verlangsamen und damit weiter hinausschieben können.  
 W: Du hast dich wohl schon schlaugemacht?  
 K: Na klar, wenn man so etwas erlebt, will man ja wissen was möglich ist. Zumal die sogenannte Dunkelziffer, das heißt, Demenz in einem Stadium, in dem man es noch nicht feststellen kann bzw. festgestellt hat, sehr hoch ist.  
 W: Spuck Deine Kenntnisse schon aus und spann mich nicht so lange auf die Folter.  
 K: Es geht ja um die Funktion des Gehirns in seinen vielfältigen Facetten, besonders des Denkvermögens.  
 W: Man, kannst Du das spannend machen.  
 K: Vereinfacht gesagt, entstehen durch den Stoffwechsel im Körper neben den notwendigen Aufbaustoffen auch aggressive Radikale, die im normalen Stoffwechsel, bei Vorhandensein spezifischer Bestandteile sofort verarbeitet und abgebaut werden, das heißt nicht zur Wirkung kommen.  
 W: Das würde ja heißen, wir müssen unsere Nahrung erst einer chemischen

Reinigung unterziehen, das ist unmöglich.  
 K: Das stimmt. Aber wir können den Prozess im Körper aktiv unterstützen, indem wir natürliche Vitamine und Mineralien aus Obst und Gemüse in ausreichendem Maße zu uns nehmen. Omega-3-Fettsäuren spielen ebenfalls eine große Rolle.  
 W: Dafür gibt es doch genügend Mittelchen aus Apotheken und Drogerien.  
 K: Das mag sein, aber die Vitamine und Mineralien aus Obst, Gemüse, Fisch usw. haben eine weit über hundertfach höhere Wirkung als diese Pillen, die in der Hauptsache die Taschen der Unternehmen füllen. Wobei ich nicht gesagt haben will, dass sie in speziellen Fällen ihre Funktion nicht erfüllen können.  
 W: Was Du alles weißt, ich staune.  
 K: Noch eins, neben dem bereits aufgeführten ist es wichtig, täglich ausreichend zu trinken, mindestens zwei Liter Wasser, Tee usw. und die tägliche Bewegung an der frischen Luft. Und das nicht erst in unserem Alter.  
 W: Dann müssen wir unseren Stammtisch ins Freie verlegen.  
 K: Wir wollen es doch nicht gleich überreiben und stoßen auf unsere Gesundheit, hoffentlich ohne Demenz, an.

Na dann Prost





# Das elektronische Gewahrsamsbuch

## ... in Sachsen

Einführung April 2007 in der PD Leipzig. Es ist verankert im Einsatzmanagement-System (EMS-Web) und dort als Teil des Systems Planung – Einsatz – Statistik. Die Nutzung erfolgt im zentralen Polizeigewahrsam und den Polizeirevieren. Der große Vorteil besteht darin, dass es durch jeden Beamten eingesehen werden kann. Leiter von Kriminaldiensten und Kommissariaten sind somit in der Lage, jederzeit zu prüfen, ob in Gewahrsam befindliche Personen für ihre eigene Arbeit – z. B. bezüglich offener Vorgänge – relevant sind. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass alle Dokumente zu betroffenen Personen direktionsweit einheitlich vorliegen und somit auch gleich gehandhabt werden. Es lassen sich vielfältige Aussagen zum Betroffenen eintragen, u. a. auch die Einholung der richterlichen Entscheidung zum Gewahrsam, die ärztliche Feststellung der Gewahrsamsfähigkeit, eventuelle Medikamentengabe, Verpflegung, eine möglicherweise zu verständigende Person sind auf einen Blick ersichtlich. Der Ablauf des gesamten Vorganges – von der Einlieferung bis zur Entlassung – ist, einschließlich der Effektaufstellung, insgesamt sehr übersichtlich angelegt. Das Ausfüllen mehrerer Vordrucke entfällt, der gesamte Vorgang ist in einem Dokument erfasst. Allerdings sind bei den Effekten und den Bemerkungsfeldern die vorgegebenen Felder für zu wenige Zeichen hinterlegt, sodass man manchmal um eine Vielzahl von Abkürzungen nicht umhinkommt. Die Kontrollzeiten des in Gewahrsam genommenen werden auch im Gewahrsamsbuch erfasst, eine Überschreitung der Kontrollzeiten wird angezeigt. Wünschenswert wäre hier noch eine akustische Erinnerungsfunktion. Dass das Datum bei Recherchen in amerikanischer Schreibweise eingegeben werden muss, ist nicht anwenderfreundlich. Die Möglichkeit, Recherchen zu führen, gerade auch wenn Rechtsmittel eingelegt werden, ist sehr hilfreich. Vor allem ist der komplette Vorgang dazu vorhanden und bis auf die Minute nachvollziehbar. Probleme gibt es noch beim Ausdruck des Vorganges, der erst nach einem Neustart möglich wird.

*Eckehard Goudschmidt*

## ... in Sachsen-Anhalt

Seit dem Jahr 2010 befindet sich die Anwendung „Elektronisches Freiheitsentziehungsbuch“ (EFB) in Sachsen-Anhalt im Echtbetrieb. Dem ging eine lange Testphase voraus. Die Software wurde vom Technischen Polizeiamt (TPA) als Web-Applikation mit dem Ziel entwickelt, die handgeführten Gewahrsamsbücher abzulösen. Weiterhin wird eine verbesserte Dokumentation aller Gewahrsamsmaßnahmen, deren Kontrollen und ein vereinheitlichtes Berichtswesen erreicht.

Das EFB steht als zentrales System landesweit und direktionsübergreifend zur Verfügung und es kann jeder Polizeibeschäftigte für die Anwendung berechtigt werden. Das Prinzip der Einmalerausgabe von Daten wird auch beim EFB konsequent umgesetzt. Es können die Daten für den Gewahrsam aus den Formularen Einlieferungsbeleg, Einlieferungs- und Festnahmeanzeige übernommen werden. Es können aber auch Vorgänge direkt im System angelegt werden.

Die Datenübernahme geht auch in die andere Richtung und so steht eine Gewahrsamsübersicht in der Lagestatistik zur Verfügung und im WAR-SA ist der eine Kurzauskunft des Gewahrsamsdatensatzes zu sehen. Bei jedem Datensatz besteht die Möglichkeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Es können zusätzliche Informationen zu den Personen erfasst werden, die automatische Kontrollfunktionen veranlassen (z. B. „Alkoholisiert“). Alle Maßnahmen, Kontrollen, deren Anweisung und Durchführung werden reversionssicher dokumentiert.

In EFB können folgende Rollen zugewiesen werden: Gewahrsamsbeamter, erweiterter Gewahrsamsbeamter, Gewahrsamskontrolle und Leiterfunktion. Jede Rolle ist mit klar abgegrenzten Funktionen und Aufgaben hinterlegt. Nach fast drei Jahren EFB kann man sagen, dass sich das System bewährt hat und ständig angepasst und weiterentwickelt wird.

*Jens Hüttich*

## ... in Thüringen

So etwas gibt es in Thüringen nicht. In der Thüringer Polizei gibt es mehr als 60 verschiedene computergestützte Anwendungen zur Vorgangsbearbeitung und für alle möglichen polizeilichen Tätigkeiten, ein elektronisches Gewahrsamsbuch ist bisher jedoch nicht darunter.

In Thüringen werden die Daten einer Person, die in Gewahrsam genommen werden muss, in Vorgangsbearbeitungssystemen erfasst, da ja der Grund des Gewahrsams in den meisten Fällen einen Rechtsbruch darstellt oder die Daten werden für weitere polizeiliche Maßnahmen benötigt.

Wird die Person dann aber ins Gewahrsam eingeliefert, dann nimmt der zuständige Beamte ein einfaches kariertes Arbeitsbuch zur Hand, schlägt es auf und schreibt die relevanten Daten hinein. Werden während des Gewahrsams Kontrollen durchgeführt, so werden diese ebenfalls im Gewahrsamsbuch nachgewiesen. Die Effekten, die der in Gewahrsam befindlichen Person aus Sicherheitsgründen bei der Einlieferung abgenommen werden, sind auf einem Vordruck zu erfassen usw.

Die polizeilich relevanten Daten einer Person, die im Gewahrsam untergebracht wird, werden also in verschiedenen elektronischen Anwendungen gespeichert und auf mehreren Formularen bzw. im Gewahrsamsbuch erfasst. Ein Datenaustausch für verschiedene polizeiliche Tätigkeiten ist deshalb nicht möglich. Daten werden mehrfach erfasst und diese Mehrfacherfassung stellt permanent eine Fehlerquelle dar.

Es ist zu hoffen und zu wünschen, dass ein elektronisches Gewahrsamsbuch auch für die Thüringer Polizei bald zur Verfügung steht und den Kolleginnen und Kollegen im Einsatz- und Streifen dienst die Arbeit erleichtert. Es würde auch den Datenaustausch ermöglichen und anderen Dienststeinheiten die Recherche erleichtern.

*Edgar Große*

